

Vizekanzler Mitterlehner wirft SPÖ Chaos vor Der Koalitions-Zwist um Grenzzaun geht weiter

Wien. – Bis Mittwoch soll das Konzept zur Grenzsicherung in Spielfeld fertig sein – doch noch streitet die Koalition, die Fronten sind verhärtet. ÖVP-Vizekanzler Reinhold Mitterlehner wirft der SPÖ Chaos und „Profilierungsversuche“ vor.

Die Stimmung in der Regierung ist frostig, gegenseitig werfen sich die Regierungspartner Alleingänge in der Frage der Grenzsicherung vor. Nach dem ÖVP-Parteivorstand am

Montag sagte Vizekanzler Mitterlehner: „Wir haben uns an diesem Chaos nicht beteiligt.“

Der ÖVP-Chef betont, dass die Flüchtlingsströme entzerrt werden müssen, sowohl auf europäischer Ebene als auch national. Es gehe nicht um eine Abschottung, wie sie Ungarn betreibt, sondern darum, Kontrollmöglichkeiten an den Grenzen zu finden. Auch müsse Österreich Maßnahmen etablieren, falls Deutschland die Grenzen schließe.

Vizekanzler Mitterlehner kritisiert die SPÖ.



Die ehrenamtliche Helferin Doraja Eberle (im roten Anorak, Mitte) ist seit Wochen im Flüchtlingseinsatz.

Foto: Markus Tschopp

Zukunftssorgen

Über die Zeit nach dem Pensionsantritt ihres Mannes 2016 machte sich am Wochenende auf Ö3 auch Präsidentenfrau Margit Fischer Gedanken: „Ich weiß nicht, ob es einen Chauffeur geben wird, ob wir ganz zurückfallen in eine Privatheit, wo wir anfangen müssen, wieder selber Auto zu fahren, nach 20 Jahren.“

Kosten abgelden

ÖBB-Chef Christian Kern verteidigt die Forderung der Bahn, die Kosten für Transport und Unterbringung der Flüchtlinge vom Bund zurückzuverlangen. Man sei in Diskussion, so Kern.

Menschenrechte-Check

Die UNO prüft, wie in Österreich mit Menschenrechten umgegangen wird. Zuletzt wurden die mangelnde Mann-Frau-Gleichstellung sowie Polizeiübergriffe kritisiert.

Aufrüttelnde Kritik der ehrenamtlichen Managerin Doraja Eberle zur aktuellen Asyl-Lage: „Sicherheit gibt uns niemand“ Flüchtlingshelferin liest

Wien. – „Den Österreichern wird vorgegaukelt, wir haben alles im Griff. Aber wir haben Sorge, diffuse Angst, wir erzählen Gerüchte weiter, wir wissen nicht, wie wir damit umgehen sollen. Sicherheit gibt uns niemand.“ Mit einem beherzten Auftritt, der Gefühl und Kompetenz vermittelte, las die Flüchtlingshelferin Doraja Eberle im ORF der Regierung jetzt die Leviten.

„Für uns Österreicher und auch Europa bricht ja alles zusammen. Jetzt haben wir ein paar tausend, ein paar hunderttausend, eine Million in Deutschland, und da paniken wir. Wenn ich mir

denke, da kommen noch einmal drei- oder viermal so viele: Das kann man nicht stemmen“, so lautete der Befund der ehrenamtlichen Helferin, ehemaligen Salzburger Landesrätin und Stiftungs-

managerin Doraja Eberle zur Flüchtlingssituation in der ORF-Sendung „Im Zentrum“ am Sonntag.

Ohne ehrenamtliche Helfer „würde alles zusammenbrechen“. Eberle beklagte

VON CLAUS PÁNDI

auch, dass es für die aktuelle Entwicklung in der Politik „den Plan B nicht gibt“, einen „Plan B“, den „wir schon längst haben müssten“. Eberle über ihre freiwillige Hilfsarbeit für Flüchtlinge: „Natürlich werden wir es schaffen. Aber dieser tägliche Kampf nimmt so viel Energie, die man letzten Endes auch für die Würde dieser Menschen braucht, die zu uns kommen.“

Flüchtlingshelferin Eberle spricht klar aus, dass man sich mitten in einer „humanitären Katastrophe“ befin-

Eberle zur aktuellen Asyl-Lage: „Sicherheit gibt uns niemand“ Regierung die Leviten!

de. Aber einer Katastrophe, die vor „der Bevölkerung versteckt wird“. Denn niemand sieht die Flüchtlinge. „Die sind in Freilassung in einem Möbelzentrum, wo niemand reinkommt. Bei uns sind sie in der Tiefgarage.“

Das könne man zwei oder fünf Monate so machen, aber dann müsse man die Menschen rausholen, in die Integration. Doraja Eberle: „Wie wir jetzt mit den Flüchtlingen umgehen, hat das nichts mit Integration zu

tun.“ Doraja Eberle kritisiert in diesem Zusammenhang auch die Politik der Beschwichtigung. Man hätte schon jetzt nicht einmal das Personal, das entscheiden könne, wer bleiben könne und wer nicht.

Deutsche Kripo kritisiert in Asylkrise Politik:

„Warnungen seit 2011“

Berlin. – Er sei „überrascht, dass die Regierung von den Flüchtlingsswellen überrascht ist“, kritisiert André Schulz, der Chef des „Bundes Deutscher Kriminalbeamter“, die Politik. Seit 2001 hätte das Bundeskriminalamt Lagebilder mit Prognosen zum Flüchtlingsstrom geliefert – passiert

sei wenig. Und Schulz sagt in der „Welt“ klar: „Zehn Prozent der Asylwerber werden straffällig. Da kommen eine Menge junger Männer aus Perspektivlosigkeit zu uns und bleiben perspektivlos.“ Transparenz sei nötig, um „den rechten Zeitgenossen den Wind aus den Segeln zu nehmen“.

krone.at-VOTING

Frage des Tages

Asylkrise: Verlässt sich die Regierung zu sehr auf Ehrenamtliche?

JA: 93,6%

NEIN: 6,4%

1902 Teilnehmer

Ehrlich gesagt

Die gescheiterte Sprengung des Kraftwerks Voitsberg erinnert an die Reformankündigungen der Koalition. Es wird viel Staub aufgewirbelt, am Ende bleibt viel Lärm um nichts.

Herr Nimmerwurscht



Thema des Tages



CLAUS PÁNDI

Versuch und Irrtum

Es war nur so ein Satz. Mittendrin in dem seit Wochen nicht enden wollenden Wust an Agenturmeldungen aus dem Flüchtlingschaos. Da hieß es also am Montag: „So läuft etwa die strittige Verteilung von 160.000 Flüchtlingen innerhalb Europas nur langsam an – bisher wurden erst etwas über 100 Migranten umverteilt.“

100 von 160.000 Flüchtlingen konnten also bis gestern an ihre vorläufigen Asylziele gebracht werden.

So lautet die aktuelle Zwischenbilanz nach unzähligen Gipfeltreffen und Telefonkonferenzen und Videoschaltungen unter den europäischen Regierungschefs, Innen- und Außenministern.

Besser war da nur noch vor einer Woche die feierliche Verabschiedungsshow von 30 (!) Flüchtlingen aus Athen, die in einem Linienjet nach Luxemburg gebracht wurden. Eine große Flüchtlingsnummer unter Beisein der griechischen Regierungsspitzen und des EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz, dem phrasendreschenden Schnittlauch auf allen europäischen Suppen.

Erst im historischen Rückblick wird man einmal objektiv sagen können, ob das blanker Zynismus ist oder nur geballte Inkompetenz. Eine dritte Möglichkeit gilt als eher ausgeschlossen.

Der völlig überschätzte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker versuchte es schon am Höhepunkt der Finanzkrise in Griechenland mit Lügen und der „Trial-and-Error“-Methode, also mit Versuch und Irrtum.

Diese Methode als politisches Stilmittel ist den oberen Etagen der Europäischen Union offenbar längst zur zweiten Natur geworden.

claus.pandi@kronenzeitung.at